

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatlich
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,
halbjährlich 49,50 Mk., jährlich 99,00 Mk.,
Bestellungen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
Code-Zeitung eingetragen. Für
ausländische eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1103
u. 1153, der Gesangs-Abtg. Nr. 1153

Saale-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 50 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf.,
Anzeigen in der 3. und 4. Spalte
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort:
Halle. Erscheinungstage: 5 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schließung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 13, Er. Straußausstr. 17.
Leben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 22 und Markt 24.
Verlagsgesellschaft Leipzig Nr. 228/15.

Zwangswirtschaft und Brotpreis.

Von Reichstagsabg. Anton Erlenzky-Düsseldorf.

Der Reichstag hat vor einigen Wochen eine wichtige
Aenderung der Getreidewirtschaft beschlossen. Während bis-
her alles Getreide, das nicht zum eigenen Bedarf des
Bauern und seiner Familie dienste, abgeliefert werden mußte,
braucht von jetzt ab nur noch etwa ein Drittel abgeliefert
zu werden. Die restlichen zwei Drittel können frei verkauft
werden. Damit ist natürlich eine Erhöhung des Brotpreises
verbunden, und zwar wird das 1900 Gramm-Brot vom
16. August ab statt 5 Mark etwa 7 Mark kosten. Diese
Zunahme hat Anlaß zu vielen Angriffen gegeben. Es ist
nützlich die Angelegenheit einmal sachlich zu prüfen.
Leider werden in Deutschland viele wichtige wirtschaft-
liche Fragen mit politischen Schlagworten behandelt, statt
sachlich nachgeprüft zu werden. Die Getreidewirtschaft
war allmählich zur reinen Komödie geworden. Es gibt
wenig Leute in Deutschland, die sich immer streng an die
Brotrationierung gehalten haben. Wer Mehl zu er-
schwinglichen Schleichhandelspreisen kaufen konnte, hat es
getan. Wie die Zwangswirtschaft von Seiten der Ver-
braucher durchbrochen wurde, so auch von der Erzeuger-
seite. Die höheren Schleichhandelspreise gerne annehmen, wenn
sie ihn bekommen konnten. Im Herbst 1920/21 war
die Zwangswirtschaft schon so weit zusammengebrochen, daß
fast ein Drittel des öffentlich bewirtschafteten Bedarfs an
Brotgetreide gedeckt werden konnte. Zwei Drittel wurden
zu Schleichhandelspreisen verkauft. Freies Mehl, freie Bad-
waren konnte man fast überall erhalten. Und wer kaufen
konnte, tat es, ohne daran zu denken, daß er damit die
Zwangswirtschaft untergraben half.

Nun entwickelte sich folgende Lage: Zwei Drittel des
deutschen Getreides wurde im Schleichhandel verkauft.
Staat und Gemeinden erhielten nicht annähernd soviel Ge-
treide, wie sie auf Grund der Karten an Brot liefern mußten.
Die fehlenden Mengen mußten im Ausland gekauft werden.
Ausländisches Getreide kostete aber im Winter 1920/21 die
Tonne nur 6000 Mark und heute noch etwa 5000 Mark.
Der deutsche Bauer erhält dagegen für sein abgeliefertes
Getreide nur 1600 Mark die Tonne, womit er vielfach nicht
mal die Produktionskosten decken kann. Er mußte also sein
Getreide in den Schleichhandel schicken, statt es abzuliefern.
Eine weitere Folge war, daß der Anbau von Getreide nach-
ließ. Die Bauern erzeugten lieber andere Lebensmittel, an
denen sie mehr verdienen konnten. Das führte wieder dazu,
daß das Reich mehr Getreide zu hohen Preisen im Ausland
aufkaufen, also dafür Devisen beschaffen mußte.

Das war aber nur eine Seite des Problems. Die zweite
Seite ist aus: Der Preis des deutschen Brotes war berechnet
nach dem deutschen Getreidepreise. Da aber mehr als die
Hälfte des deutschen Brotes aus ausländischem Getreide her-
gestellt wurde, so mußte das Reich bei jedem Brot etwa
5 Mark aus der Reichskasse zulegen. Ein 4-pfundiges Brot
aus ausländischem Getreide mußte etwa 14 bis 15 Mark
kosten; wenn es halb aus inländischem, halb aus ausländi-
chem Getreide hergestellt wird, muß das Brot etwa 10 Mk.
kosten. In Wirklichkeit zahlten wir 5 Mark. Diese Brot-
verfälschung hat dem Reich über 10 Milliarden Mark aus
Steuermitteln gekostet. Wäre das eine vorübergehende Not-
wendigkeit gewesen, so hätte man sich damit abgefunden. Da
es aber ein Dauerzustand sein würde, muß man diese Ver-
hältnisse ändern und zwar schnell ändern. Es ist im Grunde
gleichgültig, ob ich für das Brot 10 Mark bezahle und dann
entsprechend weniger an Steuern zu leisten habe, oder ob ich
es für 5 Mark kaufe, dafür aber 300 Mark Steuern pro
Kopff im Jahr mehr bezahlen soll. Für die Ausfuhr ist das
aber nicht gleichgültig. Das aus Kosten der Steuerzahler
gelieferte Brot geht den Fabrikanten und Händler in Aus-
fuhrwaren in den Stand, deutsche Waren im Ausland weit
unter Preis zu verkaufen und damit zur Verarmung Deutsch-
lands beizutragen. Darüber wird in andern Zusammen-
hängen noch zu reden sein. Jedenfalls war es zum Tage der
Annahme des Londoner Ultimatus ab unmöglich, das
Reich weiter so hohe Milliardensummen als Zuschüsse aus-
gibt.

Diese Erkenntnis hat sich allmählich durchgesetzt, und
war ganz besonders auch in sozialdemokratischen Kreisen.
Bereits am 10. Mai 1920 beschloß der Verband sozial-
demokratischer Konsumvereine folgendes: „... Eine Ver-
billigung der Waren wird heute durch die Zwangswirtschaft
nicht mehr erreicht. Der ganze bürokratische Apparat be-
steht im Gegenteil die Waren mit ungeheuren Unkosten. Der
Verband hat daher die Aufgabe der Regierung den so-
fortigen Abbau der zwangswirtschaftlichen Bewirtschaftung.“ Man
bedachte: es waren Sozialisten und Unabhängige, die dies
schon vor 14 Monaten beschlossen! Und noch am 8. Juni
d. Js. sprach sich der Zentralverband der Konsumvereine
(d. h. wieder Mehrheitssozialisten und Unabhängige) für
die Aufhebung des Restes der Zwangswirtschaft, d. h. der
Zuckerbewirtschaftung aus. Schließlich und endlich: die Ge-
setzesvorlage betr. die Aenderung der Getreidewirtschaft
wurde auch von den mehrheitssozialistischen Ministern ge-
deckt und sie hätte im Reichstagsrat die Zustimmung
aller Vertreter der freien Gewerkschaften gefunden.
Und im Reichstagsrat haben Anfang Juli noch
alle Vertreter der freien Gewerkschaften einstimmig für
die Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung gestimmt.

Das wäre nun alles sehr schön gewesen, wenn die Zer-
schlagenen nur auch den Mund gefunden hätten, sich zu ihrer
eigenen Ansicht auch öffentlich zu bekennen. Da aber die Un-
abhängigen die unermeidliche Steigerung des Brotpreises
zum Gegenstand einer großen Agitation machten, wagten die
freien Gewerkschaften nicht, Farbe zu bekennen. Eine nicht
sehr glückliche parlamentarische Taktik der anderen Parteien

hat es ihnen ermöglicht, so zu tun, als hätten sie gegen die
Brotvermehrung gestimmt. Auch im kommenden Jahr er-
hält aber der deutsche Bauer für sein Getreide nur 2100
Mark, während wir dem ausländischen Bauer 5000 Mark
bezahlen. Nur für das freie Getreide wird er mehr er-
halten. Auch in Zukunft muß das Reich 3/4 bis 4 Milliarden
zuschlagen, damit der Brotpreis nicht über etwa 7 Mark
steigt. Immer noch müssen wir pro Kopf annähernd
200 Mark mehr Steuern bezahlen, um die Brot-
zuschüsse wieder einzubringen. Immer noch machen wir
es so möglich, daß deutsche Waren im Ausland ver-
kauft werden. Die Hege gegen die angebl.
„Brotvermehrung“ ist also nichts weiter als ein be-
wußter Agitationsstreich. Wenn der Brotp-
preis steigt, dann muß man zweierlei verlangen: 1. Der
Gesetz- und Lohnempfänger kann die Steigerung nicht aus
seiner Tasche bezahlen; er wird einen Ausgleich durch Lohn-
bew. Gehaltserhöhung verlangen müssen, inwieweit die Be-
lastung der Wirtschaft nicht durch gesteigerte Produktivität
der Arbeit weitgemacht wird. 2. Die durch die Preissteige-
rung entstehenden Papiergewinne müssen in irgendeiner
Weise für die Reparationsverpflichtungen flüssig gemacht
werden. Das erheut will der Antrag Erlenzky-Regler bett.
Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten erreichen.
Der zweite Punkt ist bei der Steuererhebung zu beachten.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Dem „Reit Parisien“ wird spät in der Nacht aus London
berichtet, daß die Antirparlamentarische Bewegung auf die
Notwendigkeit hinweist, die Frage der Oberschlesien
überhaupt zu entscheiden. Der Kon-
ventionen der Parteien des Reiches glauben zu müssen, daß die
britische Regierung die Entscheidung von Verfassungen nicht
für nötig hält, daß sie aber den Zutritt des Ober-
schlesien in kürzester Zeit für geboten erklärt.

In einem Leitartikel beschäftigt sich der „Temps“ mit
der Friedensfrage, indem er von dem Verhältnis Sowjet-
russlands zu Polen ausgeht. Er bespricht hierbei auch die
ober-schlesische Frage und erklärt, die Lösung, die Deutsch-
land ganz Oberschlesien zuzurechnen, ist unvereinbar mit dem
Friedensvertrag, mit den Absichten aller alliierten Regierungen
und der Aufrechterhaltung des Friedens. Zwei Probleme
sind zu lösen. Das zweite besteht darin, das Schicksal Ober-
schlesiens zu bestimmen. Aber ehe man dazu gelangt, müsse
man das erste Problem lösen, nämlich, wie man Unter-
schlesien verhindern könne. Das Blatt hofft, daß die englische
Regierung, ebenso wie es selbst die Frage, ohne sich abzugeben
und ohne Vorbehalten prüfen würde, nachdem man
einmal ein Mittel gefunden habe durch die Einbindung von
Verfassungen, oder wenn England später, Truppen zu ent-
senden, durch angemessene Maßnahmen am Rhein den Frieden
in Oberschlesien aufrechtzuerhalten.

Ein Umschwung in Paris?

Die offenbar recht frohliche Aufnahme, die nach
den hier vorliegenden Mitteilungen die französische
Note in den politischen Kreisen Englands gefunden
haben mag, scheint doch Paris wieder zur Be-
sinnung gebracht zu haben. Man erkennt unklar
die neuen Direktiven des Duai-Vertrag, wenn die getrige
Wendepunkt zum Rückzug führt und übereinstimmend ver-
fügt, daß Belgien keineswegs eine Herausforderung der
ober-schlesischen Entscheidung auf unbestimmte Zeit beab-
sichtigt habe und daß nichts im Wege stehe, wenn der
Reichstag sich sofort nach der Entscheidung der
Sachverständigenkommission zusammensetzen
wolle, um die Grenzen endgültig festzulegen.

Die „Lougneur-Linie“.

In Ergänzung zu den bisher bekanntgewordenen Mit-
teilungen über die Verhandlung, die Lougneur vor
einem Mann in Wiesbaden mit dem deutschen Wieder-
aufbauministerium in Athen a geführt hat, verläutet aus
Kreisen der Opposition in der Kammer mit aller Bestimm-
theit, daß bei diesen Verhandlungen aus das ober-schle-
sische Problem entfernt worden ist. Diese an sich über-
höchliche Version ist interessant im Zusammenhang mit den
Erörterungen über die ober-schlesische Teilungslinie.
Die jetzt im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht,
die deutsche Note Kathenas auf dessen Wortlaut, daß die
deutsche Teilungslinie und 3 Abzugslinie für die
bedeutend gestiegen wurde, wenn Ober-schlesien bei
Deutschland bleibe, erklärt haben, daß diese Frage nicht im
Rahmen seiner Zuständigkeit liegt, daß er aber auf die
Lösung des Problems soweit Einfluß besitze, bei einer passen-
den Gelegenheit eine Linie vorzuschlagen zu können,
die die deutschen Interessen nicht allzu hart verletz.
Er fügte dann hinzu, daß ein derartiger Vorschlag nur dann
eine Aussicht auf Berücksichtigung hätte, wenn Deutschland
bei den Reparationsverhandlungen und bei der Durchführung
des Ultimatus das von Frankreich erwartete Entgegen-
kommen zu erweisen würde. Im Besonderen wurde dann mit allen
Vorbehalten und unter Vorbehalt der bestmöglichen Unter-
bindlichkeit eine Linie festgestellt, nach der
Deutschland die zehn nördlichen und wester-
lichen Kreise, sowie Gleiwitz und Sinden-
burg, Groß-Strehlitz, Loß und Tarnowitz,
Polen dagegen Reuthen, Rattowitz, Königs-
hütte, Pleß und Aßnif erhalten soll. Diese
Teilung wurde nach der Veröffentlichung angenommen, so

daß das Verhältnis der Einwohner der beiden getrennten
Territorien ungefähr dem der Volksabstimmung entspricht.
Diese Linie wird bereits als die „Lougneur-Linie“ bezeichnet.
Beland hat bekanntlich auf die Anfrage des Abgeordneten
Lougneur erklärt: „Diese Linie ist nicht meine
Linie.“ Tatsächlich ist die Meinung unter den Mitgliedern
des Reichsrats in dieser Frage geteilt, und man
behauptet mit großer Bestimmtheit, daß die Bedenken im
Kabinett überwiegen, man könne durch eine restlose Er-
füllung der polnischen Forderungen die Interessen Frank-
reichs hinter die Polens legen.

Polnische Untaten.

Einer „S.T.“-Meldung aus Oberschlesien zufolge sind
die Leichen des Amtsdirektors Wegener aus Gohlsdorf
des Polizeiwachstmeisters Richter aus Rybnik und des Ge-
richtsaktuars Seibel aus Ratibor aufgefunden worden.
Seidel und Richter waren aus einem Zuge, der unter dem
Schutze der Internationalen Kommission nach Ratibor fuhr,
von den Injuranten herausgeholt und erschossen worden.
Die Verletzungen der im Walde verstreut aufgefundenen
Leichen deuten darauf hin, daß die drei Deutschen von den
Injuranten in bestialischer Weise zu Tode gemartert worden
sind.

Die amerikanisch-deutschen

Friedensbesprechungen.

Die „Chicago Tribune“ berichtet in einem Telegramm
ihres Berliner Korrespondenten über Besprechungen des
neuen amerikanischen Geschäftsträgers Dr. Paulel mit dem
Minister des Auswärtigen Dr. Paulel. Die Besprechungen
betrafen die Friedensverhältnisse zwischen Deutschland und den
Bereinigten Staaten gelten sollen. Soviel man weiß, sind
tatsächlich durch Herrn Paulel einige ganz informelle Angaben
über die Frage des Friedensschlusses an das Auswärtige
Amt gelangt. Herr Paulel hat auch mit Dr. Hofen darüber
gesprochen. Man konnte jedoch bisher hier zu der Angele-
genheit nicht verbindlich Stellung nehmen, weil die
Möglichkeiten für die Wiederherstellung des Friedens
zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten noch sehr
unklar sind und noch keine greifbare Gestalt gewonnen haben.

England und die Leipziger Prozesse.

Im englischen Unterhause erklärte in Verantwortung von
Anfragen Abgeordneter über die Leipziger Urteile der
Generalsstaatsanwaltschaft, daß über die Haltung der französischen
Regierung keine anderen Informationen vorliegen als die
bereits veröffentlichten, die Reihe von Prozessen, die vor-
läufig von der britischen Regierung bestimmt waren, beendet
ist, und daß die Frage der einzunehmenden Haltung genau
von den Alliierten geprüft werden würde. Er hoffe, daß
dies bald gelassen werde. Die Prozesstypen einschließlich der
Reklamationen wurden von Deutschland bestritten. Er habe sich
geweigert, die Gelder für seine Anwesenheit beim Leipziger
Gericht anzunehmen.

Liberalismus und Demokratie in der Republik.

In einem über die letzten Artikel behandelt Prof. Metzger
in der „Nat.-Lib. Kor.“ zunächst die Begriffe Liberalismus
und Demokratie und danach ihre politischen Vertretungen:
Deutsche Volkspartei und Deutsche demokratische Partei. Als
Gründe für die Abkehr vieler Wähler von der D. D. P. und
ihre Rückkehr zur D. Sp. nennt Metzger, daß das deutsche
Volk bei seiner überwiegenden monarchischen Gesinnung für
die demokratische Idee wohl nicht reif sei. Sodann behauptet
er, die Führer hätten sich in den Parlamenten nicht zu einer
selbständigen Politik aufgeschlossen, sondern sich von den
Sozialdemokraten ins Schlepptau nehmen lassen. Dieser Vor-
wurf, mit dem die D. Sp. von jeder Freiheit ganz, sollte von
der nachgedrungen eingekerkert werden. Erregte sie in der Re-
gierung sich, hat sie ja doch selbst oft genug die Ergrübelung ge-
macht, daß man mit Walter Loden, d. h. manchen nicht ge-
nehmen Geistesentwurf annehmen muß, wenn man nicht auf
die praktische Mitarbeit verzichten will. Etwas anderes
haben aber auch die Demokraten nie getan, sondern sich unter
völliger Verleugnung ihres Parteinteresses jeweils in die
Börsen der Regierung, um Schimmeres zu verhaschen, das ohne
ihre Mitwirkung gekommen wäre. Das weiß auch Prof.
Metzger sehr wohl, wenn er feststellt, die Not der Zeit habe
die Gegensätze zwischen den beiden Parteien gemildert, und
sie hätten in der neuen Reichsregierung mit Erfolg zusammen-
gearbeitet. Dies war eben nur dadurch möglich, daß sich
damals die D. Sp. der Zwangsläufigkeit unserer Politik von
heute nicht verschloß. Wenn schließlich Prof. Metzger darauf
hinweist, daß die jetzige Regierung einer weiteren Grund-
lage bedürftig, und daran den Wandel knüpft, daß sich die
Demokraten, nicht wieder in zu große Abhängigkeit von den
Sozialdemokraten begeben, sondern ihre Verbindung mit der
D. Sp. aufrechterhalten, so wird die Geltendmachung demo-
kratisch-liberaler Forderungen nur dann möglich sein, wenn
sich die D. Sp. künftig den Staatsnotwendigkeiten nicht ver-
schließt, und, statt wie früher, durch Untergrabung, jetzt durch
Stärkung der demokratischen Position im Parlament und im

Seitliche Studienfahrt. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin SW 35, Pflanzstr. 10, veranlaßt am 24.-30. Juli 1920 eine 6-tägige Studienfahrt nach Berlin, Prof. Dr. Fritz Knappe eine beauftragte Studienfahrt durch Mitteldeutschland und Norddeutschland (Die alte deutsche Stadt). An Veranstaltungsorten sind vorgesehen: Sonntag, den 24. Juli, abends 7 Uhr: Im Deutschen Saale zu Potsdam Begrüßung der Teilnehmer durch Oberbürgermeister Dr. Meiner. — Montag, den 25. Juli, um 10 Uhr: Besichtigung des Schlosses Stolzenberg bei Stolzenberg (Zeisspunkt an der Georgskirche). — Dienstag, den 26. Juli, um 10 Uhr: Ausflug nach Schloß Walsleben und Besichtigung der herrlichen Ammungen. Abends: Vortrag mit Lichtbildern über die alte deutsche Stadt. Prof. Dr. Knapp. — Dienstag, den 26. Juli, vormittags 9 Uhr: Führung durch die Stadt und ihre geschichtliche Entwicklung in das Ries. Abends: Im Deutschen Saale Vortrag über das Handelsleben der freien Reichstadt Nordlingen. Prof. Wagnan. Kleine Feier des Abschieds von Nordlingen. — Mittwoch, den 27. Juli: Ausflug nach Dinkelsbühl. — Donnerstag, den 28. Juli: Bamberg (ober Elbenaubacht) nach Herschheim, Besichtigung der Kolonialkirche. Abends: Fahrt nach Schwäbisch-Helm. — Freitag, den 29. Juli: Führung durch Gmünd. Sonnabend, den 30. Juli: Fahrt nach Ellwangen, Besichtigung der Stadt.

Ehrenkronen. Die Universität Göttingen hat den langjährigen Vorstehen des Bundes der Landwirte, namentlich des Reichslandbundes, Freiherrn v. Wangenheim, zum Dr. phil. honoris causa ernannt, wegen seiner Verdienste um die Förderung der Hochkultur und um das Göttinger Institut. — Kommerzienrat der Kammerjägerin Frau Ulm Gahlebeck-Sinken in Würzburg ist zum Bayerischen Kultusministerialrat mit der Erteilung des Interims im Goldeleone am Konvokatorium der Musik in Würzburg betraut worden.

800 000 Mark zur Prüfung des Friedmannschen Mittels. Der Ausschuß des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung enthält wiederum einen sehr ansehnlichen Betrag, 800 000 Mark für die Arbeiter des durch Landratsbeschlüsse eingeleiteten Ausbaus zur Prüfung der Friedmannschen Tuberkulose-Schutz- und Heilmittels. Der Tierarzt soll davon 650 000 Mark erhalten. 150 000 Mark werden für die Kosten der Auszubildenden für die Unterweisung der Ärzte in der Anwendung des Mittels und für Einrichtungen entsprechender Stationen an den Universitätskliniken angesetzt.

Hochschulnachrichten.

Für das Fach der Biologie habilitierte sich in Hamburg Dr. med. Groebels, Assistenzarzt am pathologischen Institut, mit einer Antrittsvorlesung über: Die physiologischen Probleme der Herzmuskulatur. Dem Privatdozenten für Architekturgeschichte an der Technischen Hochschule in Berlin, Dr. Carl Schuchman, am 2. August 1920 ist der Titel eines a. o. Professors verliehen worden.

Vergessen Sie nicht für die Reise 1 Tube Zahnpasta „No. 23“ (Dr. Bahr's berühmtes Zahnpulver No. 23 in Pastenform) einzukaufen. In denselben Verkaufsstellen vorrätig.

Landes dazu beiträgt, daß eine wirklich selbständige Politik gemacht, und den sozialistischen Parteien, wenn nötig, kräftiger Widerstand entgegengeleitet werden kann. Diese Politik der Mitte ist aber ohne völlige Abkehr der D. Vp. von ihren Agitationsmethoden bei den letzten Wahlen nicht denkbar.

Brotpreiserhöhung - Lohnbewegung.

Der „Vorwärts“ deutet auf eine bevorstehende Lohnbewegung im Zusammenhang mit der Brotpreiserhöhung hin. Den Arbeitern werde nichts anderes übrig bleiben, als mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Höhe in die Höhe zu treiben. Nach Mitteilung einer Berliner Fortschrittskommission zwischen den Arbeitgebern und den Angestellten und Arbeitern in den nächsten Tagen in der Zentralarbeitsgemeinschaft Verhandlungen stattfinden, um einen Ausgleich für die bevorstehende Brotverteilung zu schaffen.

Albert Thomas in Berlin.

Der französische Führer der Rechtssozialisten, Albert Thomas, der während des Krieges bekanntlich eine Zeitlang Munitionsminister war, war gestern auf der Durchreise in Berlin. Der „Vorwärts“ berichtet: Auf seiner Rückreise von der Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts in Stockholm über die holländische Lande nahm der Direktor dieses Amtes, Albert Thomas, Gelegenheit, einige Stunden in Berlin zu verweilen, um auch mit der deutschen Regierung Fühlung zu nehmen. Vor allen Dingen lag Thomas die Ratifizierung der Vereinbarungen und Empfehlungen der Arbeiterkonferenz in Washington und Genoa am Herzen. Er wies darauf hin, daß Deutschland früher gerade in dieser Beziehung an der Spitze marschiert sei, und daß es allenfalls eigenmächtig überhebe, wenn die Ratifizierung der Beschlüsse der Washingtoner und Genauer Konferenzen gerade in Deutschland solange auf sich warten lasse. Bei der Besprechung im Reichsarbeitsministerium legte Ministerialdirektor Siegfried den Stand der Dinge klar und wies auf einige der Schwierigkeiten sowie der neuesten Gesetze, wie zum Beispiel der Wochenlöhrgesetze, hin. — Einverständnis bestand darüber, daß Deutschland wenigstens die Empfehlungen und Vereinbarungen der Konferenzen, über die unter den Parteien und Behörden in Deutschland selbst keine Meinungsverschiedenheiten befänden, ratifizieren könnte. Thomas erklärte sich gern bereit, in den übrigen Punkten zur Klärung von Fragen beizutragen, um dadurch eine Ratifizierung der in Deutschland noch kritischen Punkte herbeizuführen. Thomas bedachte auch den Reichsanwalt Dr. Wirth und den Reichsfinanzminister Rathenau. Er wurde in allen diesen Unterhaltungen auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die Deutschland auf in sozialer Beziehung aus den Sanktionen und den Wirren in Oberitalien erschaffen sind.

Kritik am sozialdemokratischen Programmwurf.

Im „Vorwärts“ veröffentlicht der frühere Reichsminister Reichstag, Eduard David einen Artikel, in dem er dem sozialdemokratischen Programmwurf zum Teil mit Spott, zum Teil mit Keulenschlägen zuleide geht. Gegenüber der Forderung auf Vollqualifizierung des gesamten Heil- und Gesundheitswesens, also dem Verbot jeder privaten ärztlichen Praxis, fragt er, warum man denn nicht auch logischerweise die Sozialisierung der Rechtswirtschaft und noch einiger anderer freier Berufe verlange. Ganz besonders scharf geht er mit dem Agrarprogramm ins Gericht, das er fast in allen seinen Einzelheiten verdammt. Die Vergesellschaftung des Grund-

besens bedeute doch wohl die Enteignung aller landwirtschaftlichen Besitzer und Eigentümers an Bohnen- und Gartenerzeugnissen, mit dieser allgemeinen Vergesellschaftungspforte bräde man dem Gegner eine furchtbare Keule in die Hand. Außerdem stehe diese Forderung in unversöhnlichem Widerspruch mit dem Reichsbeschuldigungsgesetz, das von einem rein sozialistischen Ministerium eingebracht und einmütig von den Fraktionen gebilligt worden sei, wie mit dem Reichsheimstättengesetz. Auch andere Bestimmungen widerträhen dem Reichsbeschuldigungsgesetz. Die Sozialdemokratie müßte ihre ganze politische Macht im Gegenteil zugunsten der kleinen Landwirte einsetzen, für Sicherstellung des lebenslänglichen Nutzungseigentums und das Recht der Vererbung auf Kinder und nahe Verwandte. Die allmähliche Überführung des Grundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform, also die Schaffung von Landarbeiterproduktionsgenossenschaften ist seiner Papiersozialismus und gehöre in die Kumpelkammer. Ebenso verkehrt sei die Forderung auf Bildung von Zwangsgenossenschaften für den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte. Das ganze Agrarprogramm sei Bauernpolitik gegen die Bauern, nicht zu nennen das, was nicht darin steht. Am Schluß schlägt David vor, das Agrarprogramm in Götting einer Sonderkommission zu übergeben. Scharfer als David hätte weder ein Bürgerlicher noch ein kommunistischer Politiker Kritik üben können.

Wieder die schwarze Schmach.

In der Nähe von Siegburg wurde, wie jetzt amtlich bestätigt wird, ein 19-jähriges Mädchen auf dem Heimwege von vier Maroffanern überfallen und zum zweien vergewaltigt. Das Mädchen befand sich in Begleitung eines jungen Arbeiters, der von den maroffanischen Soldaten zu Boden geschlagen wurde und dann fliehen mußte. Die Ermittlungen nach den Tätern blieben erfolglos.

Deutsches Reich.

Ausdehnung des Streiks der Schloßer und Heizer auf den Rheinbampfern. Der Zustand der Schloßer und Heizer auf den Rheinbampfern greift weiter um sich. Seit heute vormittag hat das Personal der Rheinbampfereisenbahnen zum weitaus größten Teil die Arbeit ebenfalls niedergelegt. Der Verkehr vom Strom nach den Landungsstellen und umgekehrt ist bereits völlig lahmgelegt. — Die amerikanische Abteilung des internationalen Schiffahrtskommission hat am Rheinufer und an der Brücke mehrere Posten aufstellen lassen, um die durchfahrenden Schiffe in bezug auf die Tätigkeit der Maschinen und Heizer zu beobachten.

Technische Nothilfe beim Moorbrand. In der Nähe von Hoheneich (Kreis Lützenburg) ist ein großer Moorbrand ausgebrochen. Zur Bekämpfung des Brandes wurden 50 Mann technische Nothilfe angefordert. Ein Teil dieser Leute ist bereits beim Löschen tätig, während weitere Nothelfer nach der Brandstelle unterwegs sind.

Ministerialdirektor Dr. Wiedenfeld hat gestern die Leitung der Abteilung Außenhandel des Auswärtigen Amtes niedergelegt, um die Vertretung der deutschen Handelsinteressen in Moskau zu übernehmen. Dr. Wiedenfeld ist nach Moskau abgereist.

Der Landarbeiterzeitung im Kreise Geiswald hat sich auch auf die Anlei Ränge ausgedehnt. Laut Wittermeldungen liegen dem Streik keine Lohnforderungen zugrunde, sondern die Ausständigen verlangen Wiedereinstellung des kommunistischen Kreisabgeordneten Raß.

Biße zuträglich seien die auf stehenden oder liegenden Bäumen hängen. Als Heilmittel wurden die Baumstämme vielfach verwendet; doch dem Rat der frommen Frau, sie als schmackhafte Speise zubereiten, folgten nicht alle viele. Man sah nach wie vor die Biße, die auf der Erde wuchsen und freute sich über die Wohlgeschmack. Warum man die Biße oder eigentlich zu halten hatte, das wußte man noch immer nicht, und bis man hierüber Sicherer erfuhr, vergangen mehrwöchentliche noch jahrelange. Erst in 16. Jahrhundert besaß ihn ein Gelehrter, der niederländische Arzt und Botaniker G. Clusius oder Cluvius, wie er sich lieber nannte, einmal ergriff und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit mit der Entschreibung der Biße und erklärte dabei, daß es wirklich Pflanzen, wenn auch niedriger Gattung, waren. Dr. Cluvius seine Abhandlungen noch mit den Abbildungen der bekanntesten Biße verah, drang die neue Weisheit auch bald in weitere Kreise. Seine Bildstuden müssen dem Gelehrten übrigens keine kleine Lebensvergnügen gestiftet haben; denn Dr. Cluvius, der seine Lebensgeschichte hinderte, berichtet, daß Cluvius eine ungewöhnliche Diabonante gegen alle Biße besaß, hat sie weder zucken noch schmecken konnte, und daß ihm selbst die äußere Gestalt Schauder verursachte. Eines Tages wurde er aber doch befaßt. Man setzte ihm nämlich eine herrliche Saucе vor, und als er, da sie ihm vorzüglich schmeckte, fragte, was für ein Gericht er denn haben gegeben habe, wurde ihm gesagt, es sei eine — Bißsaucе. Nun wehrte er sich auch nicht mehr länger gegen den Genuß eines Bißgerichtet, und seinem berühmten Wert über die Biße gab er schließlich das Rezept zu der guten Saucе bei, die ihn befaßt hatte.

Er sehr gründlicher Kenner der Biße, und zwar einer, der sich hauptsächlich um die Frucht der Champignons sehr verdient gemacht hatte, war im 19. Jahrhundert der Baron Goodvoort. Er hatte herausgefunden, unter welchen Lebensbedingungen das Fruchtfleisch der Biße die meiste Reimkraft äußert, und mit dieser Reimkraft vermischt angereicht, war er nur in der Lage, seiner Reimkraft ein wenig zu imponieren. Gab ihm z. B. ein Freund einen alten Stiel, so erhielt er ihn schon nach kurzer Zeit gefüllt mit einer üppig fehlenden Champignonkultur zurück, und derselben selben Erscheinung konnte man sich erfreuen, wenn man ihm einen Weizen antrugte; denn auf und in den Gärten des Weizens antrieben die Champignons. Sogar unter dem Ohr eines Freundes legte er einmal, um Grund einer Weize, ohne daß der Freund eine Ahnung hatte, eine kleine Bißkultur an. Neute wußten wir längst, daß Champignons in der Tat fast in allen dunklen Winkeln zu wachsen sind, wenn man ihnen nur die richtige Unterlage gibt. In Amerika hat man sich diese schöne Eigenheit der Champignons aus heretischen Insekten zumeist gemacht, als man im Staate Virginia in einem verlassenen Steinbruch eine große Bißkultur anlegte.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Donnerstag, 21. Juli. Inhalt: „Die Hermes“, Roman von Siebert Hill, „Der Kommunismus“, Roman von Hans Kung (Bismarck), „Ein melancholes Kind“, von Heinrich Holzhausen (Halle a. S.), „Tiere auf der Anlagebank“, — „Eine absolute Dichtung“, — Literatur.

Pilzkuriositäten.

Von Gustav Lindl.

Sie sind ein fonderbares Volk, die kleinen, spinnwebigen Dickpilze, die nun allenthalben wieder aus der Erde kriechen, unerwünscht, bis sie eines Tages der Winterglocke die die uns so gut schmecken, vorausgesetzt, daß wir die richtigen erwischen. Und fonderbar, ja schier rätselhaft sind die Pilze dem Menschen denn auch wirklich von allen Anfang an vorgekommen.

Sie für Pflanzen zu halten, die so gar nicht Pflanzen sind, haben nicht grün werden, keine Blätter tragen und keine Früchte, dazu konnte man sich lange nicht entschließen. So hielten sie also die alten Griechen für Schimm, aus dem sich späterhin andere Geschöpfe entwickeln sollten, während die Römer annehmen, daß die Pilze aus dem Regen entstehen, weil sie nach Regenfällen am reichlichsten auftauchen. Andere Forscher wieder hielten die Pilze für loslose Wesen, für Erdprodukte oder gar für den Spiegel der Erde, nur die Trüffel sollte dem Willkür entspringen, eine Auslassung, die in dessen, wie Strasson feinerzeit festgestellt hat, noch vor Plinius herrschte. Plinius selbst hatte übrigens für den Namen „fungi“, den die Römer den Pilzen gegeben hatten, eine nicht volle Erklärung. Er sollte von dem Wort „fungus“, d. i. Erdbild, hergeleitet sein, und zwar deshalb, weil die Menschen, die an Wäldern hielten, ebenso denn zugrunde gingen wie durch den Erdbild. Die Bezeichnung Fungus für Pilz hat man in der Botanik denn auch bis heute beibehalten.

Ungeachtet ihrer äußerst zweifelhaften Herkunft waren aber die Pilze bei den alten Römern sehr beliebt. Auferschimmene, wie sie einen dem Pilzgeschlecht ähnlichen oder unähnlichen Pilz nannten, sowie Champignons, Zeimpilze und natürlich die Trüffel durften auf einer feinen Tafel nicht fehlen, und wer es besonders vornehm halten wollte, der legte den Gästen zum Schmecken der Pilze eigene Menschen aus Weizen oder Silber hin — so schrieb es nämlich die Mode vor. Die Beliebtheit der Pilze überdauernde das Mittelalter, wenn auch zeitweilig immer wieder der Verzicht gemacht wurde, das „Teufelsbrut“ in den Wäldern zu tun. Auch die sonst recht lange heilige Pilzgerade — sie lebte im 11. Jahrhundert — sollte die Bezeichnung auf, daß Pilze, die aus der Erde kommen, dem Menschen Schaden bringen, und daß nur die

Der Versuch wurde von besten Erfolgen gekrönt, und heute werden dort an Stelle der „schwarzen Diamanten“ große Mengen der schmackhaftesten Biße „gefordert“. In Paris legten feinerzeit lüdnige Gärtner sogar in den Kartatönen Pilzkränze an, und zwar in ganz geschmackvoller Art, indem sie zuerst den zur Pilzkultur nötigen Fungus in die uralten Schwämmen lockten ließen. Während des Weintrages haben auch bunte Soldaten aus einem derartigen Champignons in einem Bergwerk bei Asper angelegt. Es war in einem Stollen, der 280 Meter unter der Erde lag, der aber gleichwohl so reiche Pilzkränze lieferte, daß sowohl die Asperette der Umgebung als auch die Truppen fast dauernd mit den feinsten Champignons versorgt werden konnten. Für guter Geschmack und hoher Nährwert fand nicht die einzigen nützlichen Eigenschaften der Biße. Da gibt es z. B. einen Pilz, aus dem man mit wenig Mühe eine schöne schwarze Tinte bereiten kann. Es ist der Trüffel, der mit Vorliebe auf etwas unappetitlichem Boden wächst und deshalb auch wenig höflich als „Milchpilz“ bezeichnet wird. Für den Menschen gelegentlich von Nutzen ist auch die Dickstrucht eines in Brasilien heimischen Dickstrüchpiles. Ein Pilz mit allerdings nur schwacher Reimkraft findet sich übrigens auch bei uns. Es ist der — auch ganzjährig — Schimm, der auf Baumstämmen wächst und dessen Fruchtfleisch, das das Baumholz durchsetzt, im Dunkeln etwas leuchtet. Sein brasilianischer Vertreter jedoch steht in seiner Reimkraft doch über ihm; denn das marignale Licht, das er ausstrahlt, ist so kräftig, daß man beim Licht solcher Pilze sogar lesen kann.

Noch ein Wort über die Giftpilze. Die chemische Zusammenetzung ihrer Stoffe ist noch nicht im vollen Umfang erforscht; Tatsache ist aber, daß gewisse Giftpilze zu den schwersten aller pflanzlichen Gifte gehören werden müssen, so das Gift des Knollenblätterpilzes, das noch in einer Verdünnung von 1:200 000 Störungen im Blutkreislauf bewirkt, mehrwöchentliche oder nur bei Warmblütlern, während es auf kaltblütige Tiere nicht die mindeste Wirkung ausübt. Noch merkwürdiger ist aber, daß es auch Menschen giftig, die, wenn sie ersticken Schaben zu nehmen, giftige Pilze verschlucken können, in sehr geringen Mengen. Es ist sogar der giftigste Pilzgeschlecht, den sie so sehr lieben. Weist im Eichen Wäldchen und in Eichen lüdn ist es sorgfältig gesammelt und geschmacklos gemacht. Denn auch aus dem Pilzgeschlecht ein Getränk herzustellen, welches die Menschen in einen jenseitigen Zustand versetzt, daß sie alles Erdendliche vergessen. Schänke in dieser Zustand freilich nicht, und da er in der Regel mit tiefer Bewußtlosigkeit endet, kann man auch nicht sagen, daß das Giftpilz in diesem Falle wirkungslos bleibt; allein ernte Schaben scheint es, wie gesagt, eben doch nicht nach sich zu ziehen. Sont wären die Kamtschatkener und Kirgisen wie überhaupt die Bewohner dieser unendlichen Steppen nicht solche Lebensgefährten überleben des Pilzgeschlechts,

